

Diese Städte schwimmen im Geld, andere verarmen

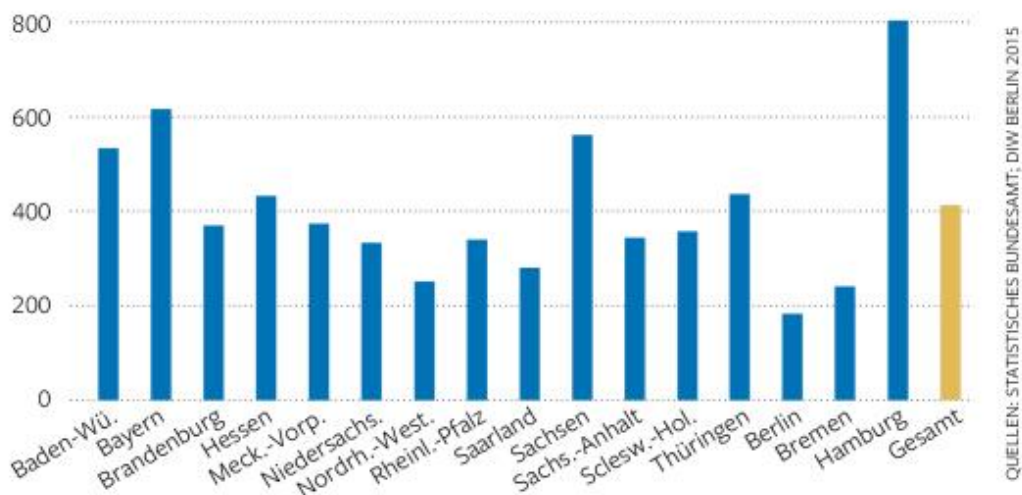
Städte und Dörfer im Süden investieren hohe Summen in Straßen und Schulen – im Norden hingegen verkommt die Infrastruktur. Doch oft haben die Kämmerer keine Wahl: Sie stecken in einem Teufelskreis.

Von Martin Greive Redakteur Innenpolitik



INVESTITIONEN VON LAND UND KOMMUNEN

Im Jahr 2013, in Euro je Einwohner



DIE  WELT

Foto: Infografik Die Welt

Der erste Schultag ist neblig und grau. Einige der Schüler sind an diesem Morgen im September 2014 trotzdem besonders früh zur Schule gekommen. Sie wollen sich in dem neuen supermodernen Gebäude einen Platz aussuchen. 53,4 Millionen Euro hat sich der Landkreis München den Neubau der ersten beruflichen Oberschule in Neuschleißheim kosten lassen. Mit modernster Ausstattung sollen hier Schüler in vier Fachrichtungen für das Berufsleben fit gemacht werden.

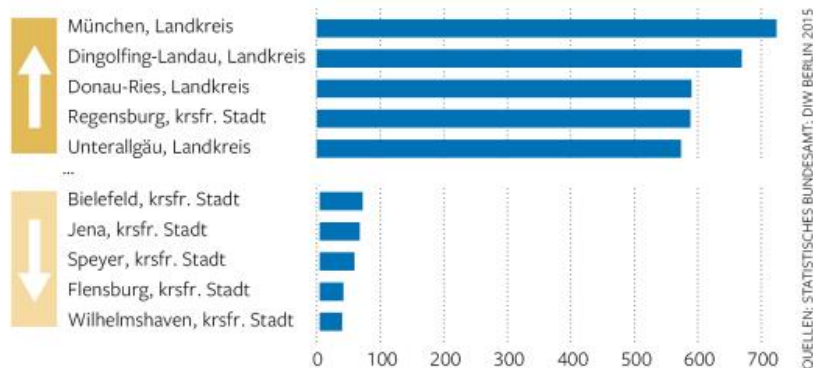
Der Landkreis München ist eine der wohlhabendsten Regionen Deutschlands: Die Verschuldung ist gering, die Arbeitslosigkeit liegt bei drei Prozent, die Wirtschaftskraft ist hoch. Der Landkreis kann daher kräftig in die Zukunft investieren: 724 Euro gab er je Bürger im Jahr 2013 aus. Ganz anders ist die Lage am anderen Ende der Republik, in Wilhelmshaven: Die Verschuldung ist hoch, die Arbeitslosigkeit liegt bei 13 Prozent, die

Wirtschaftskraft ist niedrig. Deshalb kann der Kreis nicht in seine Zukunft investieren: Gerade mal 35 Euro gab die Stadt je Bürger im Jahr 2013 aus – zwanzigmal weniger als der Landkreis München.

Der Landkreis München und die Stadt Wilhelmshaven mögen zwei Extremfälle sein. Aber sie stehen doch für eine bedenkliche Entwicklung: Die Kluft zwischen reichen Städten und Landkreisen im Süden und armen Regionen im Rest der Republik wird immer größer. Dies belegt eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die an diesem Mittwoch veröffentlicht wird und die der "Welt" vorliegt.

DIE HÖCHSTEN UND NIEDRIGSTEN INVESTITIONEN

In den Kommunen im Jahr 2013, in Euro je Einwohner



DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt

"Die kommunalen Investitionen sind in Deutschland regional sehr unterschiedlich verteilt", schreiben die Forscher darin in der zurückhaltenden Sprache der Wissenschaft. Weniger reserviert ausgedrückt verdeutlicht ihre Untersuchung die dramatischen Unterschiede zwischen deutschen Städten: Wer in Zukunft in attraktiven Kommunen wohnen will, zieht besser nach Bayern oder Baden-Württemberg. Denn während der Süden kräftig investiert, werden viele Gemeinden im Rest der Republik zu reinen Mangelverwaltern.

Nur noch geringe Investitionen im Osten

Dass die deutschen Städte zu wenig investieren, ist keine neue Erkenntnis. Laut einer Umfrage der KfW Bankengruppe unter Kämmerern schieben sie einen Investitionsstau von 132 Milliarden Euro vor sich her.

Das DIW kommt in der Studie zu einem ähnlich alarmierenden Befund. Demnach haben sich die kommunalen Investitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zwischen 1992 und 2013 fast halbiert – von 1,7 auf rund 0,8 Prozent. Zwischen 2003 und 2013 lagen die Abschreibungen der Kommunen um 46 Milliarden Euro höher als die Investitionen. Kurzum: Die Infrastruktur fährt auf Verschleiß.

Allerdings nicht überall. Im Süden des Landes schwimmen viele Städte im Geld. Im Jahr 2013 gaben bayerische Städte je Einwohner 469 Euro aus – und damit drei Mal so viel wie Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern. Denn 25 Jahre nach der Einheit wird im Osten nur noch wenig investiert. Der "rapide Rückgang der Investitionen in den ostdeutschen Ländern ist bemerkenswert", heißt es in der DIW-Studie.

Während ostdeutsche Kommunen im Jahr 2000 noch die höchsten Investitionsausgaben verzeichneten, liegen die Pro-Kopf-Ausgaben 2013 nur noch auf der Hälfte des damaligen Niveaus. Der Grund dafür: Seit 2009 schrumpfen die jährlichen Zuweisungen aus dem Solidarpakt II. Ohne diese Finanzspritzen können die ostdeutschen Städte viele Investitionen nicht stemmen.

Ebenso wie im Osten ist die Lage im Saarland und in Nordrhein-Westfalen trist. Auch dort sind die Investitionsausgaben seit der Jahrtausendwende deutlich zurückgegangen. Sie liegen in allen Jahren unter 300 Euro, teilweise sogar unter 200 Euro je Einwohner. Viele westdeutsche Städte an Ruhr und Saar leiden unter dem Strukturwandel ihrer Region. Und sie ächzen unter hohen Sozialausgaben. Denn auch das ist ein zentraler

Befund der DIW-Studie: Sozialausgaben verringern den Spielraum für Investitionen nicht nur, sie absorbieren ihn fast vollständig.

Verschuldete Städte stecken in einem Teufelskreis

So geben arme und reiche Städte ähnlich viel für Sachaufwand und Personalausgaben aus, zwischen 53 und 56 Prozent. Auseinander geht die Schere bei den Sozialausgaben und Investitionen: Während reiche Städte für beides gleich viel ausgeben, gehen bei armen Städten 34 Prozent für Sozialausgaben drauf, und nur zehn Prozent verbleiben für Investitionen. Verschuldete Städte stecken damit in einem Teufelskreis. "Jene Kommunen, die im Jahr 2000 zum schwächsten Viertel der Investitionen gehörten, rangieren auch im Jahr 2013 zu 83 Prozent unterhalb des Durchschnitts", schreiben die DIW-Forscher.



Foto: Marcelo Hernandez Aussichtsloser Kampf: Norddeutschland investiert nicht genügend, um die Straßen – hier eine in Hamburg – in Schuss zu halten

Dabei müssten diese Städte viel mehr investieren, um ihre Infrastruktur in Schuss zu halten. "Nimmt man an, dass das bayerische kommunale Investitionsniveau sich am tatsächlichen Bedarf orientiert, müsste Deutschland seine Investitionen um 14,4 Milliarden Euro im Jahr steigern, und damit um etwa 65 Prozent", heißt es in der Studie. Doch für viele Städte sind höhere Investitionen unter den heutigen Voraussetzungen finanziell nicht machbar.

Zwar hat der Bund die Kommunen in den vergangenen Jahren unterstützt. Doch die beschlossene Entlastung ab 2015 von jährlich eine Milliarde Euro "dürfte keine durchgreifende Verbesserung bringen", schreiben die DIW-Forscher. Das gelte auch für die geplanten Entlastungen für die Eingliederungshilfe für Behinderte in Höhe von fünf Milliarden Euro. Und der vom Bund dieses Jahr auf den Weg gebrachte kommunale Investitionsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro sei nicht mehr als der "berühmte Tropfen auf den heißen Stein".

Die Politik beschäftigt sich bereits seit einiger Zeit mit der Investitionsschwäche der Kommunen. Im vergangenen Jahr hatte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) eine Kommission eingesetzt, die sich mit dem Thema auseinandersetzte. DIW-Chef Marcel Fratzscher war einer der Chefs, der kommunale Investitionsfonds das erste konkrete Ergebnis. Derzeit arbeiten Beamte mehrerer Ministerien daran, welche der Kommissionsvorschläge noch umgesetzt werden können. Fratzscher selbst hat mit der nun vorgelegten Studie die Debatte noch um eine Facette erweitert. Seine Botschaft: Vor allem finanzschwache Kommunen müssen stärker in den Blick genommen werden.

Drei Reformen angemahnt

So müsse die Politik an einer Lösung arbeiten, "die dauerhaft eine bessere und ausgeglichene Finanzausstattung der Kommunen sicherstellt". Dazu sind laut DIW drei Reformen nötig: Erstens müsse der Bund die kommunalen Ausgaben für Unterbringung und Heizung von etwa elf Milliarden Euro pro Jahr übernehmen. Dadurch würden

finanzschwache Kommunen entlastet, "denen nach heutigem Stand keine Finanzspielräume für Investitionen zur Verfügung stehen".

Zweitens sollten arme Kommunen stärker im Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden. Derzeit geht die kommunale Finanzkraft nur zu 64 Prozent in den Topf ein. Würden die kommunalen Steuereinnahmen voll berücksichtigt, hätten finanzschwache Länder zwei Milliarden Euro mehr im Jahr und könnten diese Mittel an arme Kommunen weiterreichen.

Und drittens sollte die Politik kommunale Unternehmen stärken. Schon heute decken diese einen großen Teil des Infrastrukturangebots ab. Außerdem halten sie laut den DIW-Forschern im Gegensatz zu den Stadtkämmerern ihre Investitionen weitgehend stabil – und das ausnahmsweise unabhängig von der Himmelsrichtung.